



Protokoll der Generalsekretärenkonferenz

Sitzungsdatum:

26.10.2012

Gäste:

A. Kellerhals, Direktor, BAR (Traktandum 2)

Traktanden der Generalsekretärenkonferenz vom Freitag, 26. Oktober 2012

Termin	Traktanden	Federführung
26. Oktober 2012	Ordentliche Sitzung der GSK (Freitag)	
2. 90:05 (A; 60')	Single Point of Orientation: Offene Fragen (<i>Beilagen 2.0 – 2.2</i>)	EDI

2. Single Point of Orientation: Offene Fragen

Bundeskanzlerin C. Casanova begrüsst A. Kellerhals, Direktor BAR, und P. Künzler, Vizedirektor BAR. Sie ruft in Erinnerung, dass an der Sitzung vom 24. August 2012 noch Fragen zu SPO offen geblieben seien. Die Departemente hätten daraufhin ihre Fragen bei der BK zur gebündelten Weiterleitung ans BAR eingegeben. A. Kellerhals habe die Fragen schriftlich beantwortet (Beilage 2.0 der Einladung). Bundeskanzlerin C. Casanova übergibt das Wort L. Bruhin.

L. Bruhin schlägt vor, nicht mehr auf die beantworteten Fragen einzugehen, sondern allfällige weitere Fragen einzubringen oder direkt in die Diskussion einzusteigen. Es gehe darum, abzuklären, ob die GSK mit dem Vorgehen, den Kosten sowie dem Fahrplan des BAR bezüglich SPO einverstanden sei.

Diskussion

M. Ramsauer weist auf Unklarheiten in Bezug auf die Behandlung vertraulicher oder geheimer Dokumente hin. Es müsse sicher gestellt werden, dass solche Dokumente bei einer Suche nicht als Treffer erschienen. Für M. Rühl liegt die Stärke, aber auch die Schwäche von SPO in den Angaben der Metadaten. Vizekanzler T. Helbling äussert diesbezüglich ebenfalls Bedenken. Nicht jede Sachbearbeiterin oder jeder Sachbearbeiter sei in der Lage, bei der Angabe der Metadaten eine Bewertung nach BGÖ vorzunehmen. Die korrekte Eingabe der Metadaten führe zudem zu einem enormen Mehraufwand. Auch B. Rindlisbacher bringt ein ungutes Gefühl zum Ausdruck.

J. Gasser erkundigt sich, ob für die Finanzierung nicht das IKT-Wachstum benützt werden könne. Andernfalls möchte er wissen, wann die Mittel ins Budget eingesetzt werden müssten und ob bei den anderen Departementen die Mittel dafür bereitstehen würden. B. Bättig spricht sich ebenfalls für eine Finanzierung durch das IKT-Wachstum aus. Das EDA sei grundsätzlich bereit, das Projekt zu unterstützen. Zweifel bestünden jedoch am Kosten-Nutzen-Verhältnis sowie an der Fähigkeit der Bundesverwaltung, den erwarteten enormen Anstieg an BGÖ-Gesuchen seitens der Medien in den Griff zu bekommen. W. Thurnherr bezweifelt, dass die Anfragen einfacher zu behandeln seien, auch wenn sie präziser würden. Es sei problematisch, wenn jemand per E-Mail ein ganzes Dossier bestellen könne. Zudem seien beim UVEK zahlreiche Fragen bezüglich Schnittstellen, Kosten etc. offen, die er auf bilateraler Ebene klären möchte. Das UVEK sei auch mit dem Pilot nicht ganz zufrieden.

Gemäss Vizekanzler A. Simonazzi wird mit SPO eine zusätzliche Datenbank geschaffen, die mit der bereits bestehenden nicht gänzlich kongruent sei. Es gelte darauf zu achten, dass zwischen den verschiedenen Datenbanken keine Widersprüche entstünden. Die Kommunikationsleitenden hätten sich zudem gefragt, ob von der Öffentlichkeit nicht sehr bald die Öffnung aller Dossiers gefordert werde, wenn mit SPO das Vorhandensein der Dossiers sichtbar werde. W. Thurnherr bedauert ebenfalls, dass man SPO nicht deckungsgleich mit GEVER aufgebaut habe.

Aus der Diskussion erhält L. Bruhin den Eindruck, dass die Departemente nicht bereit seien, sich für SPO zu entscheiden. Bevor das BAR jedoch weitere Ressourcen in die Klärung technischer Fragen investiere und eine Interdepartementale Arbeitsgruppe einsetze, müsse diese Frage geklärt werden. Bundeskanzlerin C. Casanova ruft in Erinnerung, dass ein Auftrag des Bundesrates zur Schaffung eines zentralen Registers vorliege.

B. Bättig schlägt vor, zum Auftrag des Bundesrates aus dem Jahr 2008 zurückzukehren und zu analysieren, was der Bundesrat wirklich gefordert habe. Für M. Ramsauer ist es dafür zu spät. Es sei viel wertvolle Arbeit geleistet worden, und es gehe darum, die panische Angst vor Transparenz zu

durchbrechen. Wenn man BGÖ-Anfragen beantworten müsse, sei es vorzuziehen, über ein zentrales System wie SPO zu verfügen. Es gelte nun, das System technisch zu perfektionieren. Die Frage der Metadaten habe nichts mit dem System an sich zu tun – diese Arbeit müsse in jedem Fall erledigt werden. J. Gasser spricht sich ebenfalls für die Fortsetzung der Arbeiten aus. **Es bleibe der Bundesverwaltung nichts anderes übrig, als die stetig steigenden BGÖ-Anfragen zu beantworten.** Dies geschehe besser mittels eines zentralen und gut organisierten Prozesses als auf individueller Basis. Grundsatzbedenken könne man jedoch nicht wegwischen.

Gemäss L. Bruhin bedeutet eine Weiterführung des Projekts im Augenblick, dass das BAR gemeinsam mit den Departementen die Spezifikationen für die Ausschreibung erarbeite. Das EDI sei offen und wolle möglichst allen Bedürfnissen und Ängsten der Departemente Rechnung tragen. Gehe man bis 2008 zurück, dränge sich eine Diskussion der Zuständigkeiten auf.

A. Kellerhals bedankt sich für die spannende Diskussion. Der Ansatz mit der deckungsgleichen GEVER-Lösung sei äusserst interessant, setze aber voraus, dass alle Departemente eine einheitliche GEVER-Lösung hätten. Es werde wohl aber immer mehrere Lösungen geben; so werde z.B. die Aussonderung der Daten vermutlich immer über einen Schnittpunkt ablaufen. Technisch versuche das BAR, dieselbe Transferplattform zu nutzen. **Was die Eingabe der Metadaten angehe, brauche es möglicherweise mehrere Schritte hin zu korrekten Eingaben.** Dies führe aber zu einer besseren Qualität der Daten. Bei einem gut geführten GEVER-System schaffe SPO nur noch einen minimalen Zusatzaufwand. Grundsätzlich vertrete er die Ansicht, dass SPO eine relativ schlanke und einfache Lösung darstelle. Was die Finanzierung betreffe, wäre das BAR mit einer IKT-Wachstumslösung einverstanden. Auch die Einsetzung einer IDAG mit Mitentscheidungskompetenz befürworte er.

Gemäss A. Wortmann sehen sich die Parlamentsdienste mit einer ähnlichen Situation konfrontiert wie die Bundesverwaltung. Sie müssten oft innert Stundenfrist Dokumente veröffentlichen. Er erachte es aber als Vorteil, über ein separates System zu verfügen. Auf diese Weise werde kontrolliert, was herausgegeben werde. Die Parlamentsdienste seien sehr an SPO interessiert. Da sie ebenfalls mit GEVER arbeiteten, könnten sie das System über eine Schnittstelle speisen.

Nach den Ausführungen der Generalsekretärinnen und Generalsekretäre scheint Bundeskanzlerin C. Casanova die Lage noch nicht reif für eine Entscheidung. L. Bruhin bietet an, der GSK nochmals den Projektauftrag zu unterbreiten. W. Thurnherr schlägt vor, dass das EDI für die Projektorganisation einen Vorschlag ausarbeite und diesen bei den GS zirkulieren lasse. L. Bruhin ist mit diesem Vorgehen einverstanden. Sollte es grösseren Besprechungsbedarf geben, würde der Projektauftrag nochmals in der GSK diskutiert.

Entscheid:

- Das EDI unterbreitet den Generalsekretärinnen und Generalsekretären via Zirkularverfahren einen Vorschlag für eine Projektorganisation und erstellt einen Zeitplan mit Meilensteinen.
- Die Generalsekretärinnen und Genrealsekretäre melden dem BAR Mitarbeitende für eine IDAG. Das EDI gibt die entsprechende Frist noch bekannt.